

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Projekt: Evaluation Klimawandel

Anpassungen an den Klimawandel durch adaptives Handeln auf kommunaler Ebene – Eine empirische Studie zur Bewertung und Generierung von Unterstützungsangeboten am Beispiel der Starkregenvorsorge

Laufzeit von 2024 bis 2026

Projektnehmer:innen:

Prof. Dr. Andreas Homburg, Dr. Malte Nachreiner, Julia Hahn; Hochschule Darmstadt

Kommunen stehen zunehmend vor der Aufgabe, sich wirksam auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Starkregenereignisse stellen dabei eine besondere Herausforderung dar, weil sie lokal sehr unterschiedlich auftreten, kurzfristig große Schäden verursachen können und verschiedene Bereiche kommunalen Handelns betreffen – von Stadtplanung und Tiefbau über Umwelt- und Katastrophenschutz bis hin zur Kommunikation mit Bürger:innen.

In Forschungsprojekt „Evaluation Klimawandel“ wurde daher untersucht, wie Kommunen bei der Starkregenvorsorge und Klimaanpassung besser unterstützt werden können. Grundlage ist eine Befragung von 227 Klimaanpassungsmanager:innen oder anderen kommunalen Verantwortlichen für Starkregen und Klimaanpassung. Im Mittelpunkt standen drei Fragen: Wie hilfreich sind die vom Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie bereitgestellten Fließpfadkarten (Starkregenviewer Hessen)? Welche Bedarfe und Erfahrungen bestehen hinsichtlich weiteren Unterstützungsangeboten in Kommunen? Und welche psychologischen Merkmale beeinflussen, ob kommunale Akteur:innen Klimaanpassungsmaßnahmen entwickeln, planen und umsetzen?

Für die kommunale Praxis verdeutlichen die Ergebnisse, dass Fließpfadkarten von den befragten Akteur:innen grundsätzlich als hilfreiches Instrument wahrgenommen werden. Diese Karten entfalten ihren praktischen Nutzen jedoch vor allem dann, wenn sie in weiterführende Planungsprozesse eingebunden werden. So sind für die konkrete Maßnahmenplanung insbesondere Starkregengefahrenkarten von großer Bedeutung, da sie noch differenziertere Informationen zu Risiken und möglichen Auswirkungen von Starkregen bereitstellen. Allerdings muss die Erstellung einer Starkregengefahrenkarte von jeder Kommunen zusätzlich beauftragt werden.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass in Kommunen bereits verschiedene weitere Unterstützungsangebote zur Starkregenvorsorge genutzt werden, diese jedoch nicht alle bestehenden Bedarfe abdecken. Besonders relevant sind Angebote, die den Austausch zwischen Kommunen erleichtern, die Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsbereiche und lokaler Akteur:innen fördern und Orientierung für die konkrete Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen bieten. Unterstützungsangebote sollten dabei bestehende kommunale Routinen, Erfahrungen und Entscheidungsprozesse stärker einbeziehen.

Die Befunde zu den psychologischen Einflussfaktoren verdeutlichen zudem, dass Klimaanpassungsverhalten wesentlich davon abhängt, in wie weit kommunale Akteur:innen Klimaanpassung als sinnvoll einschätzen, sich handlungsfähig fühlen, über ausreichendes Wissen verfügen, institutionelle Unterstützung wahrnehmen und Klimarisiken als relevant bewerten. Für die Praxis bedeutet dies, dass Klimaanpassung nicht nur eine fachlich-technische, sondern auch eine organisationale und kommunikative Aufgabe ist. Handlungssicherheit, wahrgenommene Unterstützung und Risikobewusstsein sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass Verantwortliche vor Ort Maßnahmen entwickeln, planen und umsetzen.

Schließlich machen die Ergebnisse deutlich, dass Klimaanpassung eine Aufgabe ist, die nur gemeinsame von unterschiedlichen Gruppen von Akteur:innen bewältigt werden kann. Neben der kommunalen Verwaltung sind auch Bürger:innen sowie weitere lokale Akteur:innen gefordert, hier aktiv zu werden. Gleichzeitig können interkommunale Netzwerke und spezialisierte Unterstützungsinstitutionen dazu beitragen, Wissens- und Ressourcenlücken zu verringern. Insgesamt ergibt sich daraus ein übergreifender Handlungsbedarf: Kommunale Klimaanpassung muss durch praxistaugliche Instrumente, die zu Handlungssicherheit führen, Kooperation und dauerhafte Unterstützungsstrukturen begleitet werden, um die Umsetzung von effektiven Maßnahmen zu fördern.

Aus diesen Befunden ergeben sich fünf zentrale Empfehlungen für die politische und administrative Unterstützung:

1. Erstens sollten Fließpfadkarten und Starkregengefahrenkarten noch stärker mit konkreten Umsetzungshilfen verbunden werden. Dazu gehören praxisnahe Beispiele, die zeigen, wie aus Karteninformationen konkrete Planungs- und Vorsorgemaßnahmen abgeleitet werden können.
2. Zweitens sollten Unterstützungsangebote gezielt Handlungssicherheit stärken. Neben der Bereitstellung von Informationen braucht es Schulungen, Beratungen und niedrigschwellige Formate, die kommunale Akteur:innen im Umgang mit fachlichen Unsicherheiten, ressortübergreifender Abstimmung und komplexen Entscheidungsprozessen unterstützen.
3. Drittens sollte die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung sowie zwischen Kommunen systematisch gefördert werden. Interkommunale Netzwerke, Austauschplattformen und Best-Practice-Beispiele können helfen, vorhandenes Wissen besser nutzbar zu machen und begrenzte Ressourcen effizienter einzusetzen.
4. Viertens sollten Bürger:innen und weitere lokale Akteur:innen stärker in die Starkregenvorsorge einbezogen werden. Dafür braucht es verständliche Risikokommunikation, transparente Zuständigkeiten und Beteiligungsformate, die Eigenvorsorge fördern und damit kommunale Maßnahmen ergänzen.

5. Fünftens sollten dauerhafte Unterstützungsstrukturen gestärkt werden. Zentrale Anlaufstellen und spezialisierte Institutionen können Kommunen fachlich, organisatorisch und strategisch begleiten, Wissen bündeln und insbesondere ressourcenschwächere Kommunen entlasten.

Insgesamt zeigt das Forschungsprojekt: Wirksame Klimaanpassung in Kommunen hängt nicht allein von der Bereitstellung einzelner Instrumente ab. Entscheidend ist ein Zusammenspiel aus praxistauglichen Unterstützungsangeboten, gestärkter Handlungskompetenz, ausreichenden Ressourcen, gesellschaftlicher Beteiligung sowie institutioneller und interkommunaler Zusammenarbeit. Politische Unterstützung sollte daher dort ansetzen, wo kommunale Akteur:innen konkrete Entscheidungen treffen und Maßnahmen umsetzen müssen.